

Medienmappe

Was sagt die Wissenschaft zur österreichischen Klima- und Umweltpolitik?

Trotz zunehmender Klimakrise und breiter gesellschaftspolitischer Diskussionen kommt die österreichische Klima- und Umweltpolitik nicht voran. Das Thema ist im aktuellen Wahlkampf stark präsent, doch es gibt kaum überzeugende Antworten von den bisherigen Regierungen und aus dem Parteienspektrum. Der von der Europäischen Kommission von den EU-Mitgliedsländern bis Ende 2019 geforderte Nationale Energie- und Klimaplan hat von österreichischer Seite viele Defizite. Zu dem Entwurf haben sich WissenschaftlerInnen mit einem Referenzplan geäußert ([Ref-NEKP](#)).

In dieser Pressekonferenz geht es um die gesellschaftspolitischen Gründe, warum in der Klima- und Umweltpolitik so wenig voran geht. Ja mehr noch, die schwarz-blaue Klima- und Umweltpolitik hat zu einer weiteren Ent-Demokratisierung geführt. Was sind aus wissenschaftlicher Perspektive die wesentlichen Blockaden einer angemessenen Klima- und Energipolitik? Welche historischen und aktuellen Ursachen sind zentral? Wo besteht aus Sicht der Wissenschaft am ehesten Handlungspotenzial? Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft?

Im Einzelnen sind folgende WissenschaftlerInnen vertreten:

[Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand](#) – Institut für Politikwissenschaft | Universität Wien

[Dipl.-Ing. Dr. Willi Haas](#) – Institut für Soziale Ökologie | BOKU Wien

[Ao. Univ.-Prof. Dr. Andreas Novy](#) – Institut für Multi-Level-Governance und Entwicklung | WU
Wien

[MMag. Dr. Melanie Pichler](#) – Instiut für Soziale Ökologie | BOKU Wien

[Univ.-Prof. Dr. Patrick Sakdapolrak](#) – Institut für Geographie und Regionalforschung | Universität
Wien

[Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl](#) – Institut für Ökologische Ökonomie | WU Wien

Eine Veranstaltung von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*.

Statements der ExpertInnen

Univ.-Prof. Dr. **Ulrich Brand** (Institut für Politikwissenschaft | Universität Wien)

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Klimakrise nimmt stetig zu. Das hängt mit konkreten Erfahrungen wie Trockenheit und Starkregen zusammen, aber auch mit den immer erdrückenderen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Und auch die gesellschaftliche Stimmung scheint sich zu ändern, was insbesondere mit der Mobilisierung der Fridays for Future und den Klimastreiks zusammenhängt.

Doch es geht weiterhin in die falsche Richtung, das erleben wir jeden Tag im Autoverkehr. 1990 ist bekanntlich das Referenzjahr, an dem der Rückgang der Emissionen gemessen wird. Aber in dem Bereich, der für 30 % aller österreichischen Emissionen verantwortlich ist, nämlich dem Verkehrsbereich, sind die Emissionen auf inzwischen 23,7 Millionen Tonnen Treibhausgase gestiegen – ein Anstieg um 73 % seit 1990. Das ist sehr viel mehr als der Bevölkerungsanstieg. Die Wege werden immer länger, das Automobil wird von der Politik gefördert. Es werden laut Daten des Klimaschutzberichts des Umweltbundesamtes von 2018 die Alltagswege weiterhin zu fast 70 % mit dem PKW zurückgelegt.

Die letzten österreichischen Regierungen haben allesamt wenig in Richtung ambitionierter Klima- und Umweltpolitik getan. Und auch der aktuell von der EU-Kommission bis Ende 2019 geforderte *Nationale Energie- und Klimaplan* hat von österreichischer Seite viele Defizite. Zu dem Entwurf haben sich WissenschaftlerInnen letzte Woche mit einem Referenzplan geäußert. Prof.in Sigrid Stagl, die heute hier ist, ist eine der Leit-AutorInnen.

Die politischen Ansätze bleiben allesamt in dem politisch „sicheren“ Bereich, was wissenschaftlich als „ökologische Modernisierung“ bezeichnet wird. Ein paar Anreize für mehr Erneuerbare Energien, Ausbau des öffentlichen Verkehrs – aber gegen die grundlegende Expansion der Wirtschaft wird nicht gegengesteuert.

Dabei zeigen viele Studien und Erfahrungen, dass der notwendige sozial-ökologische Umbau Österreichs und auch anderer Gesellschaften auch deshalb nicht vorankommt, weil mächtige Akteure solch einen Umbau blockieren.

Politik, darauf wird Dr. Haas gleich eingehen, kann es nicht allen Recht machen wollen – insbesondere nicht den besonders umweltschädlichen Branchen. Die müssen, da ist sich die Nachhaltigkeitsforschung weitgehend einig, rückgebaut werden.

Der Rückbau von Branchen wie dem Automobilsektor ist ein schwieriges Thema, zu dem Dr. Pichler und ich derzeit ein vom Österreichischen Klima- und Energiefonds (KLIEN) finanziertes Forschungsprojekt machen. Wie kann den Beschäftigten die Angst vor der Veränderung genommen werden? Welche Rolle spielen dabei neben den Firmeleitungen auch die Betriebsräte, Gewerkschaften und die Kammern.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass es in der Politik selbst dafür kaum ein Problembewusstsein gibt. Doch ein solches ist eben notwendig, um angemessene Politiken zu formulieren.

Dipl.-Ing. Dr. Willi Haas (Institut für Soziale Ökologie | BOKU Wien)
Politikfeldübergreifende reflexive Klimapolitik gilt in der internationalen Klimaforschung als Königsweg

Ein Analyse des Falls *Österreich* ergibt folgendes Bild: **Politikintegration:** Nach der Schaffung des Umweltministeriums 1972 wurde es ab 1996 mit höchst umweltrelevanten Ressorts zusammengelegt: Land-, Forst und Wasserwirtschaft sowie später Tourismus, Energie und Bergbau. Am Beispiel Landwirtschaft hat dies nicht Möglichkeiten eröffnet sondern vielmehr den Handlungsspielraum für Umwelt und Klima eingeengt. Umweltpolitik wurde vor allem dort forciert, wo sie der Landwirtschaft nützlich schien (z.B. flüssige biogene Kraftstoffe). Umgekehrt: Der Fleischanteil in der Ernährung ist ungesund hoch und verursacht relativ hohe THG-Emissionen. Statt den Gesundheit-Klima-Nexus für eine kluge Abstimmung mit der Landwirtschaftspolitik zu nutzen, ist im aktuellen Nationalen Energie- und Klimaplan dieses so wichtige Thema abgesehen von Lebensmittelabfällen ausgeklammert. **Reflexivität:** Die Klimapolitik hat an Reflexivität zugelegt, indem nach anfänglich griffigen Überlegungen in den 80igern, zunehmend Strategievorschläge entwickelt wurden, die vor allem mächtigen Interessensvertretungen zu Pass kommen. Reflexivität heißt somit nicht ein Lernen für eine höhere Effektivität sondern für das Schützen der jeweils eigenen Netzwerke vor Veränderungen. **Was effektive Umwelt- und Klimapolitik erfordert:** Ein Aussteigen aus diesen politischen Handlungsmustern und eine transparente Politikgestaltung.

Ao. Univ.-Prof. Dr. Andreas Novy (Institut für Multi-Level-Governance und Entwicklung | WU Wien)
Es braucht sozialökologische Infrastrukturen, damit wir anders leben und arbeiten können
Aktuelle umweltpolitische Lösungsvorschläge konzentrieren sich noch immer viel zu stark auf die Information (Wissensvermittlung, Gütesiegel, Bewusstseinsbildung) mit dem Ziel, nachhaltige Konsummuster zu fördern. Die Transformationsforschung betont hingegen die Bedeutung von Routinen: Wir entscheiden nicht täglich in der Früh, mit welchem Verkehrsmittel wir in die Arbeit fahren. Um Routinen zu ändern, braucht es passende Institutionen und Infrastrukturen. So muss nachhaltige Mobilität leistbar und einfach zu organisieren sein. Dies geschieht durch den Ausbau sozialökologischer Infrastrukturen, allen voran im Mobilitätsbereich. Doch angesichts knapper Mittel reicht auch das nicht: Dieser Ausbau wird nur finanzierbar sein, wenn es gleichzeitig politische Entscheidungen gibt, bestimmte Infrastrukturen nicht weiter auszubauen: Eine dritte Piste für den Flughafen Schwechat und Autobahnausbauprojekte gehören gestoppt. Diese öffentlichen Mittel braucht es für den Ausbau der sozialökologischen Infrastruktur: vor allem für die Bahn und die Belebung von Ortskernen und Stadtteilzentren, um Nahversorgung ohne Auto zu ermöglichen.

MMag. Dr. Melanie Pichler (Institut für Soziale Ökologie | BOKU Wien)
Die türkis-blaue Klima- und Umweltpolitik hat zu einer Entdemokratisierung geführt.
Mit Fridays for Future oder dem Klimavolksbegehren gibt es ein enormes zivilgesellschaftliches Interesse an Klima- und Umweltpolitik. Gleichzeitig hat die Regierung die Mitsprache der Zivilgesellschaft bei klima- und umweltrelevanten Entscheidungen eingeschränkt und zu einer Entdemokratisierung beigetragen. Das Standortentwicklungsgesetz soll zum Beispiel die Genehmigungsverfahren bei "standortrelevanten" Projekten beschleunigen und kann als Antwort

auf zuletzt kontroverse Großprojekte wie die 3. Piste am Flughafen Wien oder den Lobautunnel gewertet werden. Kritik von Umweltorganisationen, der Wissenschaft oder der lokalen Bevölkerung soll durch das beschleunigte Verfahren erschwert werden. Auch die Änderungen bei den Umweltverträglichkeitsprüfungen gehen in eine ähnliche Richtung weil Umwelt-NGOs nur mehr unter erschwerten Bedingungen Parteienstellung bekommen können. Eine transformative Klimapolitik braucht breite Beteiligung und muss das Primat von Standort und Wirtschaftswachstum in Frage stellen.

*Univ.-Prof. Dr. **Patrick Sakdapolrak** (Institut für Geographie und Regionalforschung | Universität Wien)*

Klimapolitik muss auch internationale Entwicklungspolitik sein.

Die gravierendsten Folgen des Klimawandels werden bereits jetzt von den Ländern des globalen Südens getragen — also von denen, die kumulativ am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und die auch über die geringsten Kapazitäten zur Anpassung verfügen. Der Klimawandel wirkt sich direkt (z.B. über Ernteverluste) und indirekt (z.B. über höhere Nahrungsmittelpreise) auf die Überlebenssicherung von Armutgruppen im Globalen Süden aus, er interagiert mit strukturellen Armutsfaktoren und wirkt verschärfend auf bestehende Armut und Ungleichheit. Der Klimawandel stellt in vielen Ländern bereits erzielte und zukünftige Entwicklungsanstrengungen in Frage. Das bedeutet, dass Klimapolitik nicht nur als nationale und internationale Klimaschutzpolitik gesehen werden kann, sondern dass die Anstrengungen im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Anpassung an den Klimawandel dringend gestärkt werden müssen: Erstens sollte Österreich konkrete Schritte unternehmen, um die seit 1970 angestrebte Quote für Entwicklungshilfeleistungen (ODA-Quote) von 0,7% des BNE zu realisieren. Zweitens sollte auch die Finanzierung der Anpassungsförderung aufgestockt werden. Bislang machen z.B. Mittel zur Anpassungsförderung nur ca. 10% der gesamten internationalen Klimafinanzierung aus (Climate Policy Initiative); von den österreichischen Entwicklungsgeldern lassen sich ca. 11% der Anpassung zuordnen, gegenüber 15% im OECD-Durchschnitt (OECD Statistiken). Und drittens sollten mögliche Auswirkungen anderer nationaler und europäischer Handlungsfelder (z.B. Wirtschaft, Handel, Umwelt, etc.) auf die Anpassungskapazität anderer Länder berücksichtigt werden; Österreich hat sich zu den Sustainable Development Goals (SDG) bekannt, hier gibt es aber noch Nachholbedarf. Das bedeutet nicht, dass Klimaschutz, Anpassung und Entwicklung gegeneinander abgewogen oder ausgespielt werden dürfen—statt dessen müssen alle drei Politikbereiche ergänzend und unterstützend verfolgt werden.

*Univ.- Prof. Dr. **Sigrid Stagl** (Institut für Ökologische Ökonomie | WU Wien)*

Die Klimakrise braucht Governance, welche die SDGs erreichen lässt. Das Klimaabkommen von Paris ist ein essenzieller Bestandteil davon. Es beinhaltet eine nationale Dimension (NEKP) und eine internationale Dimension (ab 2020 stellen Industrieländer jährlich 100 Mrd. \$ zur Klimafinanzierung bereit, um Klimaschutz und –anpassung in armen Ländern zu unterstützen; Österreichs Beitrag in aktueller Runde bislang ausständig). Um die Überarbeitung des österreichischen NEKP zu unterstützen haben österreichische Wissenschaftler_innen einen Referenzplan als Grundlage für einen wissenschaftlich fundierten und mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehenden Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich vorgelegt. Systemische

Herangehensweise, ausreichende Ambition, Orientierung am Pariser Klimaabkommen statt den schwächeren EU-Zielen und die Skizzierung mehrerer Umsetzungspfade zeichnen den Ref-NEKP aus. Der Ref-NEKP hat das Framing des NEKP übernommen und bleibt daher relativ eng an Energie- und Klimathemen und ist stärker technik- und marktorientiert als eine umfassende SDG-orientierte Entwicklungsstrategie dies erfordern würde.

Informationen über die ExpertInnen

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik sowie Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien. In seiner Forschung beschäftigt er sich unter anderem mit internationaler Politik, sozial-ökologischer Transformation, Lateinamerika, Ökologischen Krisen sowie mit imperialer Lebensweise.

Institut für Politikwissenschaft
Universität Wien
Universitätsstraße 7, 1010 Wien
E-Mail: ulrich.brand@univie.ac.at

Dipl.-Ing. Dr. Willi Haas ist Universitätsassistent, Senior Researcher und Lektor am Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen sozial-ökologische Transitionen und Arbeit, Nachhaltige Entwicklung, Umweltpolitik sowie Gesundheit und Nachhaltigkeit.

Institut für soziale Ökologie
Universität für Bodenkultur Wien
Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien
E-Mail: willi.haas@boku.ac.at

Ao. Univ.-Prof. Dr. Andreas Novy ist Leiter des Instituts für Multi-Level-Governance und außerordentlicher Universitätsprofessor am Department Sozioökonomie der WU Wien. Neben Entschwicklungs- und Transformationsforschung zählen auch Stadt- und Regionalentwicklung mit einem Schwerpunkt auf sozial-ökologischer Transformation und internationaler politischer Ökonomie zu seinen Forschungsfeldern.

Institut für Multi-Level Governance und Entwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1/D4, 1020 Wien
E-Mail: andreas.novy@wu.ac.at

MMag. Dr. Melanie Pichler ist Universitätsassistentin am Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur Wien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Politischer Ökologie, sozial-ökologischen Konflikten und sozial-ökologischer Transformation. Derzeit arbeitet sie ebenfalls in dem Forschungsprojekt „CON-LABOUR: Die Rolle von ArbeitnehmerInnen in der Transformation der österreichischen Autoindustrie“.

Institut für Soziale Ökologie
Universität für Bodenkultur Wien
Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien
E-Mail: melanie.pichler@boku.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Patrick Sakdapolrak ist Professor sowie Leiter des Instituts für Geographie und Regionalforschung. Darüber hinaus ist er Leiter der *Arbeitsgruppe Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung*. Die Gruppe beschäftigt sich mit zentralen bevölkerungsgeographischen Dynamiken und setzt es sich zum Ziel, diese im Zusammenspiel mit Umweltveränderungen und Entwicklungsprozessen zu verstehen und zu bewerten. Seine derzeitige Forschung befasst sich mit Fragen wie Wanderungsbewegungen die Herkunftsgesellschaften in Bezug auf Umweltwandel und Anpassung an den Klimawandel verändern.

Institut für Geographie und Regionalforschung
Universität Wien
Universitätsstraße 7/5, 1010 Wien
E-Mail: patrick.sakdapolrak@univie.ac.at

Univ. Prof. Dr. Sigrid Stagl ist Professorin für Umweltökonomie und –politik am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie leitet das Institute for Ecological Economics sowie das Kompetenzzentrum Sustainability Transformation and Sustainability. Sie ist Programmdirektorin des MSc Socio-Ecological Economics and Policy. Ihre Arbeitsgebiete umfassen Integrierte Bewertungsmethoden, nachhaltiges Arbeiten, nachhaltiges Handeln sowie Klima- und Energiepolitik.

Institut für Soziale Ökonomie
Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1/D5/level 3, 1020 Wien
E-Mail: stagl@wu.ac.at

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz
office@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Nina Spurny, BA MA

Öffentlichkeitsarbeit | Institut für Politikwissenschaft
nina.spurny@univie.ac.at
+43 1 4277 49422